

Pressemitteilung Nr. 06/2021 | Westwaldallianz Darmstadt

## **Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz ohne Beteiligung der Öffentlichkeit**

Am Freitag, dem 13.11.2020 hat die DB Netz AG ihre Vorzugstrassenvariante für die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim (NBS) präsentiert. Gut neun Monate nach der Verkündung der bevorzugten Trassenvariante II.b gibt es schwerwiegende Gründe, die Prioritäten die zu dieser Trassenvorfestlegung führten zu überprüfen und neu zu ordnen.

Mit der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes und dessen Verschärfung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist dem Erhalt unserer Wälder zum Schutz des Klimas absolute Priorität einzuräumen. Die Rechte künftiger Generationen können nicht mehr einfach zu Gunsten kurzfristiger Ziele vernachlässigt werden. Und die Schaffung einer NBS hat nun einmal dauerhafte Wirkungen, die für künftige Generationen praktisch irreversibel sind. Und es gibt erste Anzeichen für Widerstände der Jungen Generation, die diese Rechte – mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe – für sich einfordert.

Die geplante Trassenführung für die NBS mit der Nordanbindung Darmstadts, der Weiterstädter Kurve und der Südanbindung des Darmstädter Hauptbahnhofs wird zu einem erheblichen und irreversiblen Eingriff in die Wälder Südhessens und speziell dem Darmstädter Westwald führen. Die damit verbundene Vernichtung von Naturflächen; die potentielle Mehrbelastung der Anwohner von Weiterstadt, der Siedlung Tann, Bessungen, Darmstadt West, der Heimstättensiedlung und der Bergstraße mit Lärmemissionen; sowie die Minderung der Klimaschutz- und Naherholungsfunktion des Westwaldes stehen in keinem angemessenen Verhältnis mehr zu dem angeblichen Vorteil, der durch das Bauen einer NBS auf der „grünen Wiese“ ohne Rücksicht auf den Bestand entstünde. Dem Erhalt der Wälder in ihrem gegenwärtigen Flächenumfang kommt daher für künftige Generationen eine entscheidende Bedeutung zu. Eingriffe in den Wald, insbesondere zur Realisierung von Infrastrukturprojekten müssen daher unter allen Umständen unterbleiben. Sind Planungen im Bereich der Bestandsstrukturen technisch umsetzbar, so ist dieser Streckenführung oberste Priorität einzuräumen.

Zur Lösung dieses Planungskonfliktes hat die Darmstädter Westwaldallianz zusammen mit dem Fahrgastverband Pro Bahn, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und verschiedenen Umweltschutzverbänden die DB Netz AG aufgefordert eine ergebnisoffene Neubewertung der vorliegenden Trassenvarianten im Rahmen eines Beteiligungsforums durchzuführen und die Aufnahme eines neuen Raumordnungsverfahrens einzuleiten.

Von Seiten der DB Netz AG und der Darmstädter Politik werden unsere Anliegen und unsere Ängste und die aus dem Klimaschutzgesetz resultierenden Auflagen nicht nur ignoriert, es wurde von der Deutschen Bahn für den ersten Abschnitt der Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim bereits die „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ nach § 25 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz eingeleitet.

Der Start dieser „Frühen Öffentlichkeitsbeteiligung“ erfolgte bereits zu Beginn der hessischen Sommerferien und die Abgabefrist für Hinweise und Anliegen zu den Planungen im Abschnitt Zeppenheim-Darmstadt Nord (PFA1) wurde von der DB Netz AG auf Donnerstag, den 26.08.2021 festgelegt. Die Veröffentlichung erfolgte ausschließlich auf der Website „<https://www.frankfurt-mannheim.de/virtueller-infomarkt.html#virtuellerInfomarkt>“.

Alle am bisherigen Planungsprozess Beteiligten waren sehr überrascht, dass die DB Netz AG eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 VwVFG zu einem so frühen Zeitpunkt durchführt. Bisher war nur gerüchteweise bekannt, dass die DB Netz AG tatsächlich beabsichtigt im Herbst 2021 für einen ersten Teilabschnitt ins Planfeststellungsverfahren einzutreten. Daher sind auch wir sehr verwundert, dass eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung für diesen Teilabschnitt inzwischen erfolgt und die dazu erforderliche formelle Einladung zur Abgabe einer Stellungnahme keinem der bisher Beteiligten vorliegt.

Dazu passt auch, dass eine solche Anhörung innerhalb der großen Ferien erfolgt und somit die Wahrnehmung der Öffentlichkeit für dieses Vorhaben erheblich eingeschränkt wird. Dieses Vorgehen der DB Netz AG passt aber zum gesamten bisherigen Planungsprozess und wie die Informationen und Entscheidungen im Rahmen der Beteiligungsforen vorgetragen wurden. Ob von Seiten der Darmstädter Stadtregierung eine Stellungnahme abgegeben wurde, z.B. mit den übergesetzlichen Anforderungen an den von OB und Koalition geforderten zusätzlichen Lärmschutz, ist nicht bekannt.

**V.i.S.d.P.:**

Darmstädter Westwaldallianz  
Frau Simone Schramme  
Gertrud-Ulmann-Straße 16  
64295 Darmstadt  
Mobil: +49 (0)179 5947871  
mailto: [info@westwald.de](mailto:info@westwald.de)  
[www.westwald.de](http://www.westwald.de)